

Flüchtlingsunterkünfte in NRW

**Ergebnisse der Fragebogenerhebung
des Flüchtlingsrats NRW 2021**

Asylpolitisches Forum 2022, Villigst

27.11.2022

Flüchtlings**RAT**
NRWe.V.

Broschüre *Flüchtlingsunterkünfte in NRW*

Ergebnisse der Fragebogenerhebung des Flüchtlingsrats NRW 2021

Die Broschüre können Sie hier herunterladen:

<https://www.fnrnw.de/in-eigener-sache/publikationen/broschuere-zur-unterbringungssituation-von-fluechtlingen-in-nrw.html> (oder nur hinter „hier“ verlinken)

Die Broschüre kann als Druckexemplar für 1 €/Stück plus Porto bestellt werden.

Flüchtlings**RAT**
NRWe.V.



Aufbau der Erhebung

- Erhebungszeitraum Frühjahr 2021

Zwei Fragebögen wurden an die Kommunen(396) und Kreise(31) sowie Beratungsstellen und Flüchtlingsinitiativen verschickt:

- Der erste Fragebogen besteht aus **15 Fragen zur Situation in den Kommunen.**

91 Rückmeldungen:

- 66 von Kommunen, 12 von Beratungsstellen freier Trägerinnen und 13 von Flüchtlingsinitiativen.
- Der zweite Fragebogen besteht aus **22 Fragen zu den Bedingungen in einzelnen Gemeinschaftsunterkünften.**

160 Rückmeldungen:

- 51 von Kommunen, 11 von Beratungsstellen freier Trägerinnen und 2 von Flüchtlingsinitiativen.

Zusammenfassung Ergebnisse

- Insbesondere Asylsuchende und Geduldete werden häufig in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, teilweise über viele Jahre.
- In einigen Kommunen Entwicklung von Unterbringungskonzepten, aber nicht immer (vollständige) Umsetzung
- Zunahme von dezentraler Unterbringung in möglichst abgetrennten Wohneinheiten oder Wohnungen (allerdings nicht immer zur alleinigen Nutzung).
- In einigen Kommunen Behelfsgebäude wie Container, ehemalige Schulen, Büros etc. – andere greifen zumindest bei Zuweisungsspitzen auf solche zurück.
- In vielen Gemeinschaftsunterkünften mangelnde Privatsphäre aufgrund fehlender abgetrennter Wohneinheiten.
- In vielen Gemeinschaftsunterkünften bestehen erhebliche Hygienemängel.

Ergebnisse Teil 1 - Kommunen: Unterbringungskonzepte

Umgang mit steigenden Flüchtlingszahlen	
Rückmeldungen gesamt	61
Gesondertes Vorhalten städtischen Wohnraums	38
Anmietung zusätzlicher privater Wohnungen/Appartements	18
Nutzung von Containern, ehemaligen Krankenhäusern oder Kasernen	8

*Mehrfachnennungen
möglich*

Ergebnisse Teil 1 - Kommunen: Unterbringungsform

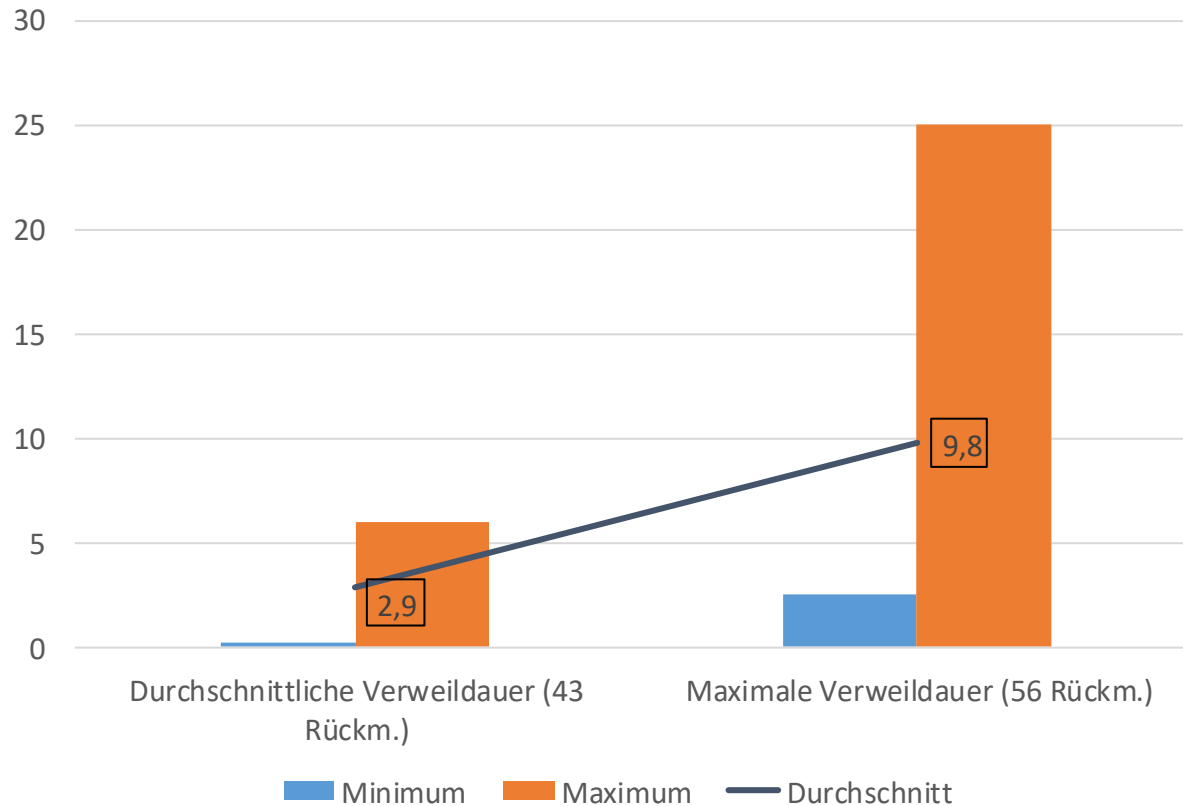
84 Rückmeldungen

Frage 2

Unterbringungsform



Ergebnisse Teil 1 - Kommunen: Verweildauer in kommunaler GU in Jahren



Ergebnisse Teil 1 - Kommunen: Wann Auszug möglich?

68 Rückmeldungen

Auszug aus GU noch während laufendem Asylverfahren v. a. aus folgenden Gründen möglich (Rückmeldungen gesamt: 68):

- Familiäre Gründe (Beteiligung minderjähriger Kinder)(36 mal geantwortet).
- Gesundheitliche Beeinträchtigungen (29), z. B. im Zusammenhang mit Alter oder Behinderung.
- Finanzielle Absicherung über eine Arbeitsstelle (18).

Mehrfachnennungen möglich

Ergebnisse Teil 1 - Kommunen: Soziale Betreuung

- In den meisten Kommunen besteht Angebot einer „**sozialen Betreuung**“ (74 von 79)
- *Negative Beispiele in zwei Kommunen:*
 1. *Hausmeister in GU für 53 Flüchtlinge zuständig*
 2. *Integrationsbeauftragte für 205 Flüchtlinge in GUen und Wohnungen zuständig*
- Existenz **aufsuchender Betreuung** bejahten **55 von 64** Akteurinnen, davon in 5 Fällen allerdings nur ehrenamtliche Betreuung.

Ergebnisse Teil 2 - Gemeinschaftsunterkünfte: Gebäudemängel 87 Rückmeldungen

- 57 % gaben zwar an, dass keine Mängel bestehen.
- Die weiteren Antworten zeigen aber, dass teils immer noch erhebliche Gebäudemängel bestehen, wie:

33 % FEUCHTIGKEIT

26 % MANGELNDE ISOLIERUNG

24 % SCHIMMELBEFALL

21 % UNGEZIEFER

14 % DEFEKTE HEIZUNG

17 % UNZUREICHENDE ELEK-
TRISCHE AUSSTATTUNG BZW.
VERSORUNG

43 % SONSTIGE MÄNGEL

*Mehrfachnennungen
möglich*

Ergebnisse Teil 2 - Gemeinschaftsunterkünfte: Wohnraum und Ausstattung (mind. 120 Rückmeldungen)

- Abgetrennte Wohneinheiten in **27 %** aller GUen nicht vorhanden
- Weitere Räume und Ausstattung:

<u>Sportgeräte/-platz</u>	<u>Lernraum</u>	<u>Beratungsbüro</u>	<u>Sonstiges</u>
12 %	31 %	41 %	41 %

<u>Gemeinschaftsraum</u>	<u>Abstellraum</u>	<u>Waschräume</u>
43 %	45 %	78 %



98 %



84 %



21 %



6 %



56 %

Wlan?

<u>Ja</u>	<u>Nein</u>
37 %	39 %

Ergebnisse Teil 2 - Gemeinschaftsunterkünfte: Zimmerkontrollen (135 Rückmeldungen)

- In 54 % der von uns erfassten GUe unangekündigte Zimmerkontrollen.
- Gründe: Brandschutz, Einhaltung der Besuchszeiten, Anwesenheit der Bewohnerinnen

Aktuelle Unterbringungssituation: Beispiel Langenfeld

- Schon in den letzten Jahren schwierige Unterbringungssituation und problematische GÜen: Schlechte Bausubstanz, defekte Sanitäreanlagen, langer Verbleib in den Unterkünften.
- Aktuell wird erneut eine Sporthalle für die Flüchtlingsunterbringung genutzt, wie bereits 2015.
- Zudem sind nun mehrere Leichtbauhallen für die Unterbringung von Flüchtlingen in Betrieb.
- Die Stadt sucht nach weiteren Unterbringungskapazitäten.
- Die Anmietung von Gewerbehallen wird in Erwägung gezogen.

https://rp-online.de/nrw/staedte/langenfeld/langenfeld-fluechtlinge-bleiben-bis-ende-22-in-der-wuerz-halle_aid-78634867, https://sessionnet.krz.de/langenfeld/bi/si0057.asp?_ksinr=3706

Aktuelle gelingende Unterbringung: Beispiel Minden

- Schon seit 2015 Unterbringung von Flüchtlingen grundsätzlich dezentral in Wohnungen und Anmietung entsprechenden Wohnraums.
- Auch im Jahr 2022 kann allen Flüchtlingen in Minden mindestens eine Unterbringung in wohnungsähnlichen Unterkünften gewährt werden.
- Eine alte Schule sowie eine Mehrzweckhalle stehen durchgehend als potenzielle Notunterkunft bereit und wurden zunächst im Frühjahr 2022 für einen Einzug von Flüchtlingen vorbereitet.
- Diese Maßnahme stellte sich bisher als nicht notwendig heraus, aktuell ist keine dortige Belegung geplant.

Siehe auch: <https://www.mt.de/lokales/minden/Herzensthema-eines-Beigeordneten-Minden-hat-keine-Probleme-mit-der-Fluechtlingsunterbringung-23400137.html>

Forderungen

- Dezentrale Unterbringung in Wohnungen von Beginn an ermöglichen,
 - Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften durch ein umfassendes, kommunales Auszugsmanagement bei der Wohnungssuche unterstützen,
 - Zugang zu mobilen, sozialen Betreuungsangeboten sicherstellen und
 - bezahlbaren Wohnraum schaffen.
-
- Bis die Unterbringung in Privatwohnungen flächendeckend realisiert ist: Einführung klar definierter und verbindlicher Mindeststandards für kommunale Gemeinschaftsunterkünfte!

*Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit*

FlüchtlingsRAT
NRWe.V.